Ausgabe 08 / 2011

Bundestagsreport
der Landesgruppe Brandenburg

In dieser Ausgabe:

Frauen in der Landwirtschaft
Ungerechtigkeit beim Elterngeld
Mogelpackung Bildungspaket
Ordnungsgeld im Bundestag
GAU - Folgen für Generationen

Ungarische Großmachtträume

Foto: Karl Heinz Laube / pixelio.de

DIE LINKE.
LANDESGRUPPE BRANDENBURG

chlechter Verfassung..... Seite 03
Thomas Nord

agrarpolitische Gretchenfrage..... Seite 04
Kirsten Tackmann

sprochen – gebrochen:
rngeld bleibt ungerecht!..... Seite 06
Diana Golze

okratische Mogelpackung..... Seite 07
Wolfgang Neskovic

nungsgeld ist Lex LINKE..... Seite 08
Dr. Dagmar Enkelmann

Jahre nach Tschernobyl
immer noch Tschernobyl..... Seite 10
Sabine Stüber

ssemitteilungen..... Seite 11

räge, Anfragen & Initiativen ..... Seite 12

len ..... Seite 16

ıtakt ..... Seite 17

ıressum ..... Seite 18

Desz im Parlament über eine Zwei-Drittel-Mehrheit verfügt, konnte
Alleingang bestimmen. Auf die Veröffentlichung des Verfassungsentw
100 Änderungsanträge eingereicht. Diese stehen nun zur Diskussion, wo
Hälfte der Anträge aus der Feder von Fidesz und Christdemokraten kom
rechtsextremen Jobbik, die einen faschistoiden paramilitärischen Arm u
von „unabhängigen Abgeordneten“.

Die Sozialisten boykottieren die Plenarsitzungen, weil sie das ganze
die Inhalte für zutiefst undemokratisch halten. Die Opposition rie
tionen für den Tag der Absegnung auf. Als Teil einer „nationalen Kons
ein Fragebogen an alle Bürger mit der Möglichkeit versendet, Multiple-C
anzukreuzen. Das Ergebnis ist für das Parlament nicht bindend und de
Auswertung bis zum 18. April abgeschlossen sein. An diesem Tag finde
Parlamentsabstimmung statt. Am 25. April soll die Unterzeichnung durc
sidenten erfolgen. Es ist der Jahrestag des Wahlsiegs von Fidesz.

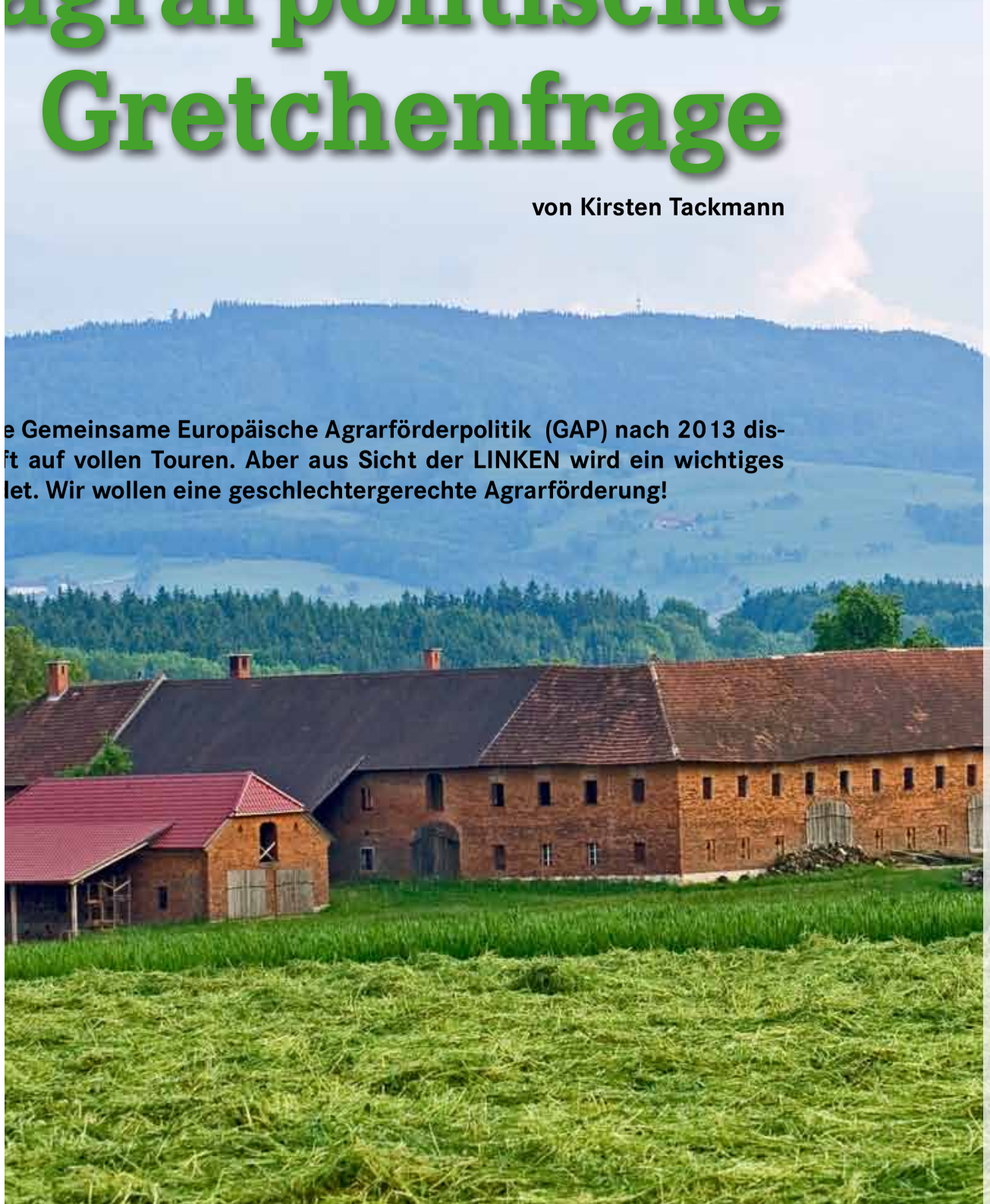
In dem Verfassungsentwurf wird die durch „die Kommunisten unterb
sche Rechtskontinuität wiederhergestellt“, die 1949-1990 gültige Ve
gültig erklärt. Das Regime, an das man hier symbolisch anknüpft, ist d
Horthy-Regierung. Horthy musste 1920 die Bedingungen des Friedens
zeptieren. Ungarn verlor dadurch zwei Drittel seines Vorkriegsterritorium
seiner magyarischen Vorkriegsbevölkerung. Die Bestrebungen, das Kön
ligen Stephan wiederherzustellen, führte Horthy zur Zusammenarbeit m
1940 trat Ungarn dem Dreimächtepakt bei. Auf Befehl Hitlers erhielt U
einen Teil von Rumänien.

Den Juden Ungarns wurde vorgeworfen, die ungarische Kultur zu gefä
den. Das erste antijüdische Gesetz unter Horthy ist bereits von 192
Ab 1938 wurden in Ungarn viele antijüdische Gesetze verabschiedet,
Züge der Nürnberger Rassengesetze trugen. Entgegen den „Wünschen“
deutschen Regierung weigerte sich Ungarn zunächst, seine jüdischen
wohner auszuliefern bzw. deren Transport in Lager zuzulassen. Das änd
sich nach der deutschen Besetzung im März 1944, die von den Nazis e
setzte Regierung sicherte die Durchführung des Holocaust und ordnet
umgehend die Ghettoisierung des ungarischen Judentums an.

Der Entwurf der neuen Verfassung teilt sich in die vier Abschnitte „Credo der Nation“, „Grundlagen“, „Freiheit und Verantwortung“ und „Der Staat“. Die Credo-Präambel zieht Bezüge zum christlichen Reich König Stephans I., be-

agrarpolitische Gretchenfrage

von Kirsten Tackmann



**e Gemeinsame Europäische Agrarförderpolitik (GAP) nach 2013 dis-
ft auf vollen Touren. Aber aus Sicht der LINKEN wird ein wichtiges
let. Wir wollen eine geschlechtergerechte Agrarförderung!**

9,7% der Landwirtschaftbetriebe von Frauen geführt. Am eh
deutschland und ganz kleine. Damit stehen wir auf dem vorletz
Nur in den Niederlanden sind es mit 5,4% noch weniger. Dage
tischen Staaten weiblich geführte Landwirtschaftsbetriebe so
dass man neidisch werden kann. In Estland stehen in 41,5%,
und in Litauen in 46,4% der Betriebe Frauen an der Spitze. Auch
in Österreich 32,2% oder in Rumänien 30 % Betriebsleiterinnen

Und es gibt noch mehr Gleichstellungsdefizite auf dem Lan
Zugang zu Existenz sichernden Einkommen, auch weil oft F
schwer vereinbar sind. Wenn sie erwerbstätig sind werden sie
bezahlt als ihre männlichen Kollegen. Die Lohndiskriminierung
über Männern in ländlichen Räumen beträgt 35% - in Städten 1
hen wir auf einem der hinteren Plätze in der EU, nämlich auf Pla

Es sind auch vor allem Frauen, die bei der familiären Betreuu
fra- und Versorgungsstruktur ausgleichen müssen, weil Weg
Ärzten, Kitas oder Schulen, zu Volkshochschul-, Sport oder Ku
länger werden. Damit müssen sie häufig auf eigene Lebenspers

Auch deshalb wandern gerade junge Frauen seit Jahren in di
kunftsfähigkeit der Dörfer und kleinen Städte hängt davon a
gestoppt oder gar umgekehrt werden kann. Dazu muss Agrar
beitragen.

DIE LINKE fordert in die Diskussion zur GAP nach 2014 die Bes
stellungsdefiziten einzubeziehen. Dabei geht nicht so sehr
jeden zweiten Euro an Frauen zu überweisen. Wir wollen einen g
del. Die Agrarförderung muss zu mehr Geschlechtergerechtigke
müssen an allen Entscheidungen beteiligt und Förderprogramm
Erfordernisse ausgerichtet werden. Die Bundesregierung rechtf
„geschlechtsneutralen Förderpolitik“. So werden aber die Pro
sondern Ungerechtigkeit zementriet. Defizite können nur mit
behoben werden.

Deshalb hat DIE LINKE diese Woche einen entsprechenden
schen Bundestag eingebracht.

Den Antrag im Wortlaut finden Sie: HIER

bleibt ungerecht

von Diana Golze

atte zwei große Pres-
bau der Kindertages-
eijährigen und das El-
kten reiste sie damals
chte in der Tat etwas
:en bei den Rollenbil-
rauen, ein Abwenden
en Rabenmütter und
änner als Väter wahr-
n. Hierfür wurden im
Rechtsansprüche für
eit festgeschrieben –
LINKEN zwei Partner-

ich die Schwarz-Gelbe
elbst als Aufgabe ge-
er auszubauen. Vorge-
ngeld durch die Aus-
Vätermonate künftig
4 Monate gezahlt wird.
orerst nichts und der
ehr „die angespannte

geld bereits zum zwei-
nliste der christlich- li-
die Stärkung der Fa-
groß auf die Fahnen
deutlich, dass das El-
als familienpolitische

Schwarz-Gelber Haushaltspolitik stehen, die Familien im ALG II- Bezug! Die Förderung von Familien in Armut wird weiterhin auf ein Minimum reduziert und Kindererziehung ist und bleibt hauptsächlich eine private Angelegenheit, die vorrangig von den Frauen weggetragen werden soll. Frei nach dem Motto: Das war schon immer so und das wird auch immer so bleiben. Denn weitere Schritte, Männer unter anderem durch ein ausgeweitetes Elterngeld zu aktiveren Vätern zu machen, bleiben nun ganz offenkundig für eine lange Zeit in der Schublade. Denn erst wenn der Finanzminister eines Tages mehr ausgeben kann, will Frau Ministerin Schröder wieder über mehr Vätermonate nachdenken – also nie!

DIE LINKE hatte bereits bei der Einführung des Elterngeldes klare Forderungen nach einer sozialeren Ausgestaltung des Elterngeldes und nach einer Ausweitung der Rechtsansprüche für beide Elternteile formuliert. Wir wollen eine Förderung, die nicht nur Besserverdienenden, sondern auch Familien im ALG II – Bezug zu Gute kommt und die die Gleichstellung von Männern und Frauen und die Stärkung der Gleichberechtigung in Partnerschaften durch die Ausweitung der Rechtsansprüche für beide Eltern auf jeweils 12 Monate. Familien brauchen endlich eine Politik, die sie in ihren Bedürfnissen stärkt und Eltern brauchen gesetzliche Regelungen, die mehr Zeit mit ihren Kindern verbindlich festschreiben

Bürokrat
Mogelpac

von Wolfgang Neskovic

In einer millionenschweren Imagekampagne feiert sich Arbeitsministerin von der Leyen für das sogenannte Bildungspaket. Kinder von Hartz IV-Empfängern könnten nun an Schulausflügen teilnehmen, sich für Sport- und Musikunterricht anmelden und Nachhilfe erhalten. Zudem finanziere das Paket ein Mittagessen für bedürftige Kinder und Jugendliche.

Das klingt vielversprechend. Aber es entspricht nur bedingt der Realität. Ein Mittagessen in der Schule? Eigentlich eine gute Sache. Nur bieten viele Schulen gar keine Schulspeisung an. Daran ändert auch das Bildungspaket nichts. Zudem kürzen die Länder, die Mittagessen in der Schule bislang bezuschusst haben, ihre Mittel. Der Mehrwert für die Schüler liegt also häufig bei Null. Ähnliches gilt für das Schulmaterial von 100 Euro, das Kinder und Jugendliche in weiterführenden Schulen erhalten sollen. Diese Pauschale gab es vor dem Bildungspaket im Rahmen des „Schulbedarfspakets“ auch schon. Auch Musikunterricht tut Kindern ohne Zweifel gut. Doch mit den bereitgestellten zehn Euro im Monat ist weder ein Instrument gekauft, noch ernsthafter Musikunterricht bezahlt.

Eigentlich ist es begrüßenswert, Kindern und Jugendlichen gezielte Angebote auf dem Bildungssektor zu machen. Es stellt sich jedoch die Frage, weshalb die Arbeitsagenturen und Job-

den Bundesmittel
nicht mehr als ein T
Das gilt übrigens au
gegen aller Vernun
gespart werden soll

Absurd ist zuder
dungsgelder ni
überweisen darf. Da
mission festgesetzt
die absolute Bildung
se völlig verfehlte R
die Milliarden des E
Bruchteil an die Sch
operationsverbot hä
Gelder viel besser e

Zudem bringt da
men Bürokratie
den mindestens 16
enormen Verwaltu
werden. Die zustän
restlos überfordert.
der fehlen nicht nur
sondern auch die b

Als Zwischenbila
Bildung bedürft
zu fördern. Eine gu
kampagnen rechtf
handwerklichen Pf

Ordnungsgeld ist Lex LINKE

von Dr. Dagmar Enkelmann

Erst wenige Monate ist es her, seit der Bundestag mit den Stimmen der Koalition die Laufzeitverlängerung für die deutschen Atomkraftwerke beschloss. Die schwarz-gelbe Koalition drückte das Gesetz mit der politischen Brechstange durch die Gremien, was zu entsprechenden Reaktionen sich hilflos fühlender Abgeordneter führte.

eine Fraktion in einheitlicher Protestkleidung mit dem Anti-Atom-Symbo

Am Ende wurde die Laufzeitverlängerung mit der Mehrheit der Koalitio aller Vernunft, wie wir nach den Ereignissen um Fukushima wissen. D mit dem Moratorium heftig zurück. Diese Art Gesetzgebung nach politis de der Demokratie und die Würde des Bundestages.

In ähnlicher Brechstangen-Manier wie die Laufzeitverlängerung wurden der Bankenrettungsfonds von 480 Milliarden Euro oder - jüngst - Einsä Soldaten in AWACS-Maschinen über Afghanistan beschlossen - besser g peitscht.

Gegen diese anhaltende Missachtung parlamentarischer Spielrege CDU/CSU, SPD und FDP bislang keinen Gesetzentwurf vor. Nein - di in dieser Woche einen Gesetzentwurf ein, nach dem Abgeordnete künfti fügigen Verletzung der Ordnung oder der Würde des Bundestages“ mit e werden können.

Ganz offen wird dazu erklärt, das Ordnungsgeld werde nur wegen an einzigen Fraktion eingeführt: der LINKEN.

Eine Aktion der LINKEN, die z.B. als störend erachtet wurde, betraf da Kunduz - die Opfer eines Bombardements, das von einem deutschen

DIE LINKE beantragte mehrfach ein angemessenes Gedenken daran i de abgelehnt. Das hat die Würde des Hauses verletzt und nicht die v gehaltenen Schilder mit Namen und Alter der Opfer.

Der Gesetzentwurf zum Ordnungsgeld ist im Kern eine Lex Linke. Sic Tragen von Kleidung, zumal im Parlament vor der Öffentlichkeit, ni nicht jeder das Tragen einer Krawatte gut finden muss. Kleidungs- und G so demonstrativ mit Ordnungsgeld zu bestrafen, ist eindeutig überzoger

Wann und wie die Würde des Hauses verletzt sein soll, weiß die M genau übrigens nicht. Die Entscheidung darüber wollen die Initia Bundestages überlassen. Das Ordnungsgeld wird so zu einer politischer

Gegen das Ordnungsgeld sprechen auch rechtliche Überlegungen. Rechtsschutz. De facto müsste ein Abgeordneter, wenn sie oder er einverstanden ist, beim Bundesverfassungsgericht Beschwerde einleger

25 Jahre nach Tschernobyl ist immer noch Tschernobyl

von Sabine Stüber

es in Tschernobyl ei-
einer Explosion ging
in den gasförmigen
in ungeheure Höhen,
phäre, geschleudert.

waren ähnlich denen
in Fukushima. Man
ht überschauen, weil
sein darf.

die Menschen den
auf. Vor allem Solda-
rbeiten und später zur
herangezogen. Insge-
sogenannte Liquidato-
der Katastrophe war
nnerhalb von Stunden
n die Sperrzone. Wei-
stand die Umsiedlung

war in den ersten
ngelhaft, wie jetzt in
ich, nachdem die Ge-
schen 1989 und 1991
ne und 200 internatio-
einsam die Folgen des
onisse stellten, allein
eitlichen Schäden der
gesamte Technologie
konsequenzen, wie wir

(IAEO) in unverantwortlicher Weise heruntergespielt, ja gefälscht wurden. Die Zahl der Strahlenopfer, die den Reaktorunfall mit dem Leben bezahlten, wurde auf 4.000 festgelegt. Weitergehende Gesundheitsstörungen, aufgrund einer direkten Strahlenbelastung, soll es nicht geben. Das ist bis heute die offizielle Lesart der Vereinten Nationen. Und das ist heute noch die Weltlüge der internationalen Atomenergielobbyisten auf Kosten der Strahlenopfer von Tschernobyl.

Das hatte fatale Auswirkungen für viele Betroffene. Sie hatten es von da an schwieriger, dass Krankheiten als Folge des Reaktorunfalls anerkannt wurden. Laut der internationalen Ärztevereinigung IPPNW und der Gesellschaft für Strahlenschutz Berlin sind unterdessen 100.000 Menschen an den Folge von Tschernobyl verstorben. Besonders bei Kindern treten immer noch gehäuft Leukämie und Schilddrüsenkrebs auf. In Belarus sind allein 500.000 Kinder strahlengeschädigt. Sie leben mit Krebserkrankungen, Schilddrüsenfehlfunktionen, Immunschwäche oder Missbildungen. In Schwedt kümmert sich der Solidaritätsdienst International e.V. seit Jahren mit Spendengeldern um medizinische Kuraufenthalte.

Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) entstand 1957 mit dem Ziel, den Beitrag der Atomenergie zu Frieden, Gesundheit und Wohlstand zu vergrößern. Das war zu einer Zeit, als die Atomenergie als Lösung für die Ener-

„Die Bundesregierung verzichtet monatlich auf 25 Millionen Euro an Einnahmen, weil sie den Zahlungsstopp der vier AKW-Betreiber an den Ökofonds hinnimmt. Zugleich sucht Verkehrsminister Peter Ramsauer händeringend nach Geld für die energetische Gebäudesanierung und vertröstet auf Juli.
Die Bundesregierung kapituliert lieber vor den Konzernen, als diese zur Kasse zu bitten“, kommentiert Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, die Antwort der Bundesregierung auf ihre Dringliche Frage zum Zahlungsstopp.
Enkelmann weiter:

„Ramsauers Probleme haben ihren Grund. 60 Millionen Euro sollten schon 2011 aus dem Ökofonds in die energetische Gebäudesanierung fließen. Die fehlen jetzt – und die Regierung will erst im Juli über die rechtliche Auseinandersetzung zum Zahlungsstopp entscheiden. Offenbar hat sie das Moratorium ebenso überstürzt und schlampig in Kraft gesetzt, wie sie einst die Geheimverhand-

Koalition verweigert Debatte eines Antrages der LINKEN

13.04.2011 Kirsten Tackmann, Behm, Priesmeier

„Es ist inakzeptabel, dass sich die Koalition unter Missbrauch der Geschäftsordnung der Debatte eines Antrags der LINKEN im Agrar-Ausschuss mit der Begründung, dass sie selbst noch einen Antrag erarbeitet, verweigert.

Nur weil Schwarz-Gelb nicht ordentlich arbeitet, blockieren sie die Auseinandersetzung mit Vorschlägen der Opposition,“ kommentieren die Obleute der Oppositionsfraktionen Wilhelm Priesmeier (SPD-Fraktion), Kirsten Tackmann (Fraktion DIE LIN-

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.
Die Obleute weiter:
„Der betreffende Antrag war in der vergangenen Woche in den Deutschen Bundestag eingebracht und in den Agrarausschuss überwiesen worden. Dort sollte er heute beraten werden.

Nicht etwa bei der Abstimmung über die Tagesordnung, sondern erst kurz nach Aufrufung des Tagesordnungspunktes stellte die FDP-Fraktion einen Antrag auf

ıckstellungen der AKW-Betreiber in einen öffentlichen-rechtlichen Fonds

er AKW-Betreiber für Stilllegung und Rückbau der Atomkraftwerke sowie für die ımülls sind steuerlich freigestellt. Dies führte in den letzten Jahrzehnten zu wirt- ı der AKW-Betreiber von über 50 Mrd. Euro. Im Falle einer Insolvenz der Atom- ıdem die Gefahr, dass die Rückstellungen nicht mehr im vollem Umfang zur Verfü- kstellungen sollen daher in einen öffentlich-rechtlichen Fonds überführt werden.

ACHE NR. 17/5479

Urheberinnen und Urheber stärken – unabdingbares Zweitveröffentli- ren

unverkäufliches Zweitveröffentlichungsrecht für Wissenschaftlerinnen und Wis- ate Aneignung öffentlichen Wissens durch große Verlage kann beendet werden, und Autorinnen in ihren Rechten gestärkt werden.

ACHE NR. 17/5478

g der sieben ältesten Atomkraftwerke und des Atomkraftwerkes Krümmel

r sieben ältesten Atomkraftwerke und des Atomkraftwerks Krümmel ist nicht eaktoren sind unzureichend gegen einen Flugzeugabsturz geschützt, die Anlagen- ıd entspricht nicht dem Stand von Wissenschaft und Technik. Diese acht Atom- aher sofort stillgelegt werden.

ACHE NR. 17/5477

Deutschland und Europa geschlechtergerecht gestalten

gkeit darf sich in der aktuellen Debatte nicht nur um die Frauenquote in den der Wirtschaft drehen, sondern stellt ein fundamentales Defizit in der Politik für dar. LINKE schlägt konkrete Maßnahmen in der Förderpolitik vor, um durch mehr gkeit der Abwanderung von Frauen in peripheren Regionen entgegenzuwirken.

ACHE NR. 17/5476

e – Hinrichtung von Troy Davis verhindern

Hochschulzugang bundesgesetzlich regeln – sozialen Zugang un studiengängen sichern

Die Hochschulzugangsberechtigung verliert durch Zulassungs- und Z mend ihre wörtliche Bedeutung, nämlich durch ihren Erwerb eine tats gang an die Hochschule zu erhalten. DIE LINKE will, dass alle, die stud dazu erhalten. Es müssen mehr Studienplätze geschaffen und ein Bun auf den Weg gebracht werden, das auch ein Recht auf ein Masterstudi

13.04.2011

GESETZENTWURF – DRUCKSACHE NR. 17/5472

Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes - kein strommengen

Durch den rot-grünen Atomkonsens wurde den AKW-Betreibern das mengen und dadurch ermöglichte längere Laufzeiten von älteren a übertragen. Diese Möglichkeit könnten die Atomkonzerne bei Stilllegu „Atom“-Moratorium nun in Anspruch nehmen - und dadurch die Laufz lich verlängern. DIE LINKE fordert, die Übertragbarkeit von Reststromm streichen.

12.04.2011

GROSSE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/5303

Mindestens 137 Todesopfer rechter Gewalt in der Bundesrepubli

„Die Zeit“ und „Der Tagesspiegel“ berichteten in ihren Ausgaben vom 1 gründlichen Recherchen beider Zeitungen seit dem 3. Oktober 1990 Angriffen von Neonazis und anderen rechten Gewalttätern ums Leber chen Zeitraum gibt die Bundesregierung lediglich 47 Todesopfer an. D so auf erschreckende Weise die Verharmlosung der rechtsextremen G

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/5349

Schlussfolgerungen für den Katastrophenschutz aus dem atoma Fukushima

Der zivile Katastrophenschutz in der Bundesrepublik Deutschland v

ndespolizei zur Unterstützung der Polizei Berlin
destages

Antiterrormaßnahmen von Mitte November 2010 wurden einige Kontrollpunkte ichstagsgebäude aufrecht erhalten. Diese werden von der Bundespolizei besetzt. arf die Bundespolizei nur in Situationen tätig werden, wenn die Länderpolizeien rnahme überfordert sind. Dies scheint hier aber nicht der Fall zu sein. Die Kleine en.

DRUCKSACHE NR. 17/5339

Bundes an Jugendverbände politischer Parteien

versorgt die Jugendverbände der Parteien mit Fördermitteln des Bundes, schließt and der LINKEN aus.

DRUCKSACHE NR. 17/5317

und damit verbundene soziale Aspekte in Deutschland

er Bundesrepublik umfangreich zu bewerten, bedarf es einer Analyse relevanter ereich der Grundsicherungen (SGB II, SGB XII) sowohl auf der Ebene des Bundes ne der Bundesländer. Damit soll auch der Stand der Herstellung gleichwertiger n Bundesgebiet beurteilbar werden.

DRUCKSACHE NR. 17/5309

und damit verbundene soziale Aspekte in Deutschland

er Bundesrepublik umfangreich zu bewerten, bedarf es einer Analyse relevanter ereich der Arbeitsmarktpolitik sowohl auf der Ebene des Bundes als auch auf der der. Damit soll auch der Stand der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse rteilbar werden.

DRUCKSACHE NR. 17/5308

echte ältere Menschen in Deutschland

er Bundesrepublik umfangreich zu bewerten, bedarf es einer Übersicht über die

Stand des Ausbaus der afghanischen Polizei

Deutsche Polizisten sind seit mehreren Jahren in Afghanistan tätig, u zei mitzuwirken. Ungeachtet ihrer sicherlich ehrlichen subjektiven Mo eines Kriegführungs- und Besatzungskonzeptes der NATO. Die afghan eine Bürgerkriegstruppe, die zudem von der eigenen Bevölkerung als und nicht seiner Lösung wahrgenommen wird. Die realen Probleme we ignoriert.

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/5407

Schutz vor PIN-Skimming

Die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ berichtete, dass das E 2010 stark angestiegene Ausspähen der Daten von EC- und Kreditka ming), eine flächendeckende Einführung magnetstreifenloser Debitkar schern auch bei bislang als sicher geltenden DDA-Chipkarten die Kon und Chip durch eine flache Platine im Kartenschlitz zu belauschen und an die PIN gelangt.

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/5408

Vergabepraxis des Bundesamts für Sicherheit in der Informations

Das BSI hat nach einem Bundesrechnungshof-Bericht über mehrere Jah Studien und Entwicklungsvorhaben ohne hinreichende Begründung f den meisten Vergaben nur ein einziges Angebot zugrunde gelegen ha praxis wurde vom BSI u.a. mit „politischem Erfolgsdruck“ begründet.

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/5409

Hintergründe des bewaffneten Angriffs aus Libyen

Nach wie vor besteht Unklarheit über die rechtlichen und politischen Intervention mehrerer Staaten in Libyen in Zusammenhang mit der V des Sicherheitsrates 1973 vom 18.03.2011. Die Kleine Anfrage versu weise widersprüchlichen Informationen zu diesem Themenkomplex zu zu schaffen.

**arförderung in Deutschland und Europa geschlechter-
cht gestalten“**

irsten Tackmann, 14.04.2011

Rede lesen HIER

E will Holz aus Raubbau verhindern

gang Nešković 14.04.2011

Rede lesen HIER

rochene Pfeile

Deutsche Bundestag berät derzeit drei verschiedene Ge-
entwürfe zum Verbot bzw. zu einer eingeschränkten Zulas-
des medizinischen Verfahrens „PID.“ Die PID kann Paaren
Wunsch nach gesundem Nachwuchs erfüllen.

Rede lesen HIER

a Golze 14.04.2011

**inander und nicht gegeneinander lässt sich Ge-
echterdemokratie umsetzen**

t schon bezeichnend, dass wir ausgerechnet heute über
n Antrag debattieren, der sich mit der Benachteiligung von
en und Männern in unserer Gesellschaft befasst; denn es
irls’ Day, also ein Tag, der eigentlich geschaffen wurde, um
chen für männerdominierte Berufe zu interessieren.

Rede lesen HIER

Sabine Stüber

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72138
Telefax: (030) 227-76138
E-Mail: sabine.stueber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Eberswalde
Breite Straße 46
16225 Eberswalde
Telefon: (03334) 385155
Telefax: (03334) 385156
E-Mail: sabine.stueber@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Prenzlau
Diesterwegstr. 1
17291 Prenzlau
Telefon: (03984) 8621862
Telefax: (03984) 8621863
E-Mail: sabine.stueber@wk2.bundestag.de

Thomas Nord

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72675
Telefax: (030) 227-76675
E-Mail: thomas.nord@bundestag.de

Wahlkreisbüro in Frankfurt (Oder)
Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: (0335) 869 508 31
Telefax: (0335) 869 508 32
E-Mail: thomas.nord@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro in Fürstenwalde
Eisenbahnstraße 146, 1.OG
15517 Fürstenwalde/Spree
Telefon: (03361) 34 26 18
Telefax: (03361) 34 26 24
E-Mail:thomas.nord@wk2.bundestag.de

Diana Golze

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72329
Telefax: (030) 227-76329
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Wahlkreisbüro Rathenow
Märkischer Platz 2
14712 Rathenow
Telefon: (03385) 494521
Telefax: (03385) 494522
E-Mail: diana.golze@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Belzig
Str. der Einheit 53
14806 Belzig
Telefon: (033841) 32547
Telefax: (033841) 43880
E-Mail: diana.golze.lt02@bundestag.de

Bürgerbüro Brandenburg
Altstädtischer Markt 2
14770 Brandenburg an der Havel
Telefon: (03381) 211789
Telefax: (03381) 229961
E-Mail: brb@diana-golze.de

Bürgerbüro Jüterbog
Große Str. 62
14913 Jüterbog
Telefon: (03372) 432691
Telefax: (03372) 432691

Wolfgang Nešković

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72065
Telefax: (030) 227-76468
E-Mail: wolfgang.neskovic@bundestag.de

Wahlkreisbüro Cottbus

Dr.

Deu
Plat
110
Tele
Tele
E-M

Wa
Ber
163
Tele
Tele
Spr
17.
E-M

Wa
Wal
153
Tele
Tele
E-M

Dr.

Deu
Plat
110
Tele
Tele
E-M

Wal
Wils
168
Tele
Tele
E-M

Bür
Bäc
193
perl

Alle Artikel gibt es auch online als Reintext zum komfortablen Ausdrucken. Klicken Sie einfach links auf das Bild!
Der nächste Bundestagsreport erscheint am 13.05.2011

Impressum

Deutscher Bundestag • Fraktion DIE LINKE • Landesgruppe Brandenburg
V.i.S.d.P.: Thomas Nord, MdB; Platz der Republik 1; 11011 Berlin
Tel.: (030) 227 - 72675; Fax: (030) 227 - 76675; E-Mail: thomas.nord@bundestag.de